

Szenario Thüringen – wie soll der Freistaat in Zukunft aussehen?



Dokumentation von Szenario-Workshops in Erfurt und Ilmenau

Szenario Thüringen – wie soll der Freistaat in Zukunft aussehen?

Dokumentation von Szenario-Workshops
in Erfurt und Ilmenau

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
I. Szenario-Entwicklung: Kurzdarstellung und Ablauf	6
II. Allgemeines zu den Workshops in Erfurt und Ilmenau	9
III. Workshop in Erfurt	
a. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Stadtentwicklung“	14
b. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“	20
c. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Familie und Gesellschaft“	28
IV. Workshop in Ilmenau	
a. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Wirtschaft und Arbeit“	37
b. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt“	44
c. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Familie und Kultur“	52
Anhang	60

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

bei der Zeitungslektüre, in den Fernsehnachrichten oder im Gespräch mit Freunden oder der Familie wird häufig ein düsteres Bild von der Zukunft Thüringens gezeichnet. Demografischer Wandel, sinkende Finanzmittel des Staates und Abwanderung scheinen eine Entwicklung vorzuzeichnen.

Doch steht die Zukunft des Freistaats tatsächlich fest?

Das Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich dazu entschlossen, diese Frage durch Bürgerinnen und Bürger mit Hilfe der Szenario-Technik bei zwei Workshops in Erfurt und Ilmenau beantworten lassen. Diese Technik verlangt es, verschiedene Szenarien – negative, aber eben auch positive – zu entwickeln und so die üblichen Denkstrukturen zu durchbrechen und vermeintlich vorbestimmte Pfade gedanklich zu verlassen. Es ging uns um neue Blickwinkel, Ideen und Handlungsempfehlungen. Ziel war es, Bürger/innen an der Formulierung langfristiger Politikziele zu beteiligen und somit den demokratischen Willensbildungsprozess zu stärken.

Neben der **Partizipation** stand für die Friedrich-Ebert-Stiftung der Aspekt der **Politikberatung** im Vordergrund. Gefragt waren nicht die Meinungen von Experten. Stattdessen wurden Personen mit sehr unterschiedlichen beruflichen Hintergründen, regionaler Herkunft, Alter und Lebenserfahrung um ihren Rat gebeten. Gemeinsam suchten die Teilnehmenden Antworten auf die Frage: Was muss die Politik tun, damit Thüringen sich zukünftig positiv entwickeln kann?

Die nun vorliegenden Ergebnisse nehmen zentrale Politikfelder in den Blick: Bildung, Wirtschaft und Arbeit, Kultur, Infrastruktur und Stadtentwicklung, Familie und ehrenamtliches Engagement wurden als zentrale Handlungsfelder identifiziert. Diese Ergebnisse wurden nicht nur veröffentlicht, sondern auch an den stellvertretenden Ministerpräsidenten Thüringens, Christoph Matschie, übergeben.

Wir möchten uns als Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung für das hohe Engagement der Teilnehmenden der Workshops bedanken.

Wir wünschen allen Leser/innen eine anregende Lektüre der vorliegenden Dokumentation und der darin enthaltenen Vorschläge für die Zukunft Thüringens!

Severin Schmidt

I. Szenario-Entwicklung: Kurzdarstellung und Ablauf

Die Friedrich-Ebert-Stiftung veranstaltete im Frühjahr 2010 zwei Workshops, die sich inhaltlich mit den zukünftigen Entwicklungen in Thüringen befassten. Schwerpunkt dieser zwei Workshops, die jeweils in Ilmenau und Erfurt stattfanden, waren die Perspektiven für den Freistaat insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.

Die Einladung richtete sich an interessierte BürgerInnen. Während des Workshops wurde die sogenannte Szenario-Technik angewandt. Diese Methode erlaubt es den Teilnehmenden, Zukunftsprognosen herauszuarbeiten, die sie auf Basis selbst gewählter Annahmen für denkbar halten. Aus diesen Arbeitsergebnissen wiederum lassen sich konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik ableiten.

Um die Arbeit des Workshops nachvollziehen zu können, sei hier zunächst eine Erklärung vorausgeschickt, wie die Szenario-Technik angewendet wird. Zu Beginn der Szenario-Entwicklung wird zunächst der Diskussionsgegenstand definiert. Die Teilnehmenden tragen im Gespräch relevante Themen, Aspekte und Problemstellungen zusammen. Im Anschluss daran bilden sie Arbeitsgruppen. Eine jede Gruppe hat die Aufgabe, sich genauer mit einem zuvor im Plenum erarbeiteten Themenkomplex zu befassen.

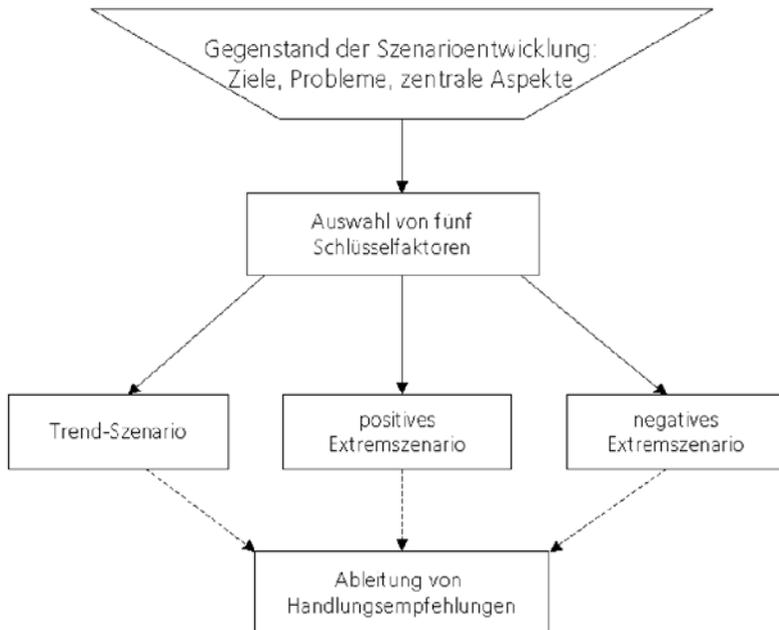
Innerhalb der Arbeitsgruppen gilt es, Schlüsselfaktoren für den entsprechenden Themenbereich zu identifizieren. Dies meint insbesondere wichtige Einflussgrößen, die bei der zukünftigen Entwicklung und bei möglichen Szenarien entscheidend zum Tragen kommen können. Die Schlüsselfaktoren können unterschiedliche Ausprägungen annehmen und Wechselwirkungen untereinander aufweisen. Theoretisch kann für jeden Themenbereich eine größere Anzahl Schlüsselfaktoren identifiziert werden, für die Ver-



anstaltungen in Erfurt und Ilmenau wurde jedoch festgelegt, dass jede Gruppe ihre Szenarien auf der Basis von fünf zentralen Einflussgrößen entwickeln sollte.

Im nächsten Arbeitsschritt entwirft jede Gruppe verschiedene Szenarien. Unter einem Szenario ist in diesem Zusammenhang ein widerspruchsfreier Entwicklungspfad in die Zukunft gemeint. Es wird also untersucht, ob und wie sich die einzelnen Schlüsselfaktoren gegenseitig bedingen. Die Ausprägungen und Wechselwirkungen zwischen den Einflussgrößen werden zu umfassenden Zukunftsbildern zusammengefasst. Jedes so entstandene Szenario soll auf denselben Faktoren basieren, die sich jedoch in ihren Ausprägungen unterscheiden können.

Prozess der Szenarioentwicklung



Ziel ist nicht die Vorhersage einer einzelnen, möglichst wahrscheinlichen Entwicklung. Stattdessen können mehrere abweichende Szenarien entstehen, welche die gesamte Bandbreite zukünftiger Entwicklungsmöglichkeiten und Gestaltungsspielräume abdecken. Gängige Varianten in der Szenario-Technik sind ein positives und ein negatives Extremszenario sowie eines, das die Teilnehmer als besonders plausibel einschätzen. In den Workshops in Thüringen blieb es den Gruppen überlassen, wie viele und welche Szenarien sie entwerfen wollten. Die Anzahl und Art der entwickelten Szenarien unterscheiden deshalb sich bei den einzelnen Teams.

Den Abschluss der Veranstaltung bilden die Präsentation und Diskussion der Ergebnisse im Plenum. Die Teilnehmenden überlegen, welche zukünftigen Entwicklungen wünschenswert sind, und erarbeiten konkrete Forderungen und Handlungsempfehlungen für die Politik.

II. Allgemeines zu den Workshops in Erfurt und Ilmenau

Die Veranstaltung „Szenario Thüringen: den demografischen Wandel gestalten“ bestand aus zwei Workshops mit dem Ziel, mögliche Perspektiven für die Entwicklung Thüringens bis zum Jahr 2030 zu entwerfen. Der Workshop vom 29. bis 31. März in Erfurt konzentrierte sich auf die Zukunft der Thüringer Städte, die Veranstaltung vom 8. bis 10. April in Ilmenau befasste sich hingegen schwerpunktmäßig mit der Entwicklung im ländlichen Raum. Da sich die Gästeliste beider Workshops aus Berufstätigen aus den unterschiedlichsten Bereichen zusammensetzte, konnten die Arbeitsgruppen auf breite Expertise zurückgreifen, um gemeinsam Zukunftsprognosen zu entwickeln. Bereits an den jeweiligen ersten Abenden hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, im Rahmen von Gruppenarbeiten mehr übereinander zu

erfahren. Jeder Gruppe wurde dafür eine der folgenden Fragestellungen zugeordnet:

- Welchen beruflichen Hintergrund haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer?
- Welche Erfahrungen können sie für das Thema der Veranstaltung einbringen?
- Welche Erwartungen haben sie an den Workshop?
- Welche Fragestellungen sollten ihrer Meinung nach im Mittelpunkt stehen?

Ziel war es, Informationen über alle Teilnehmenden des jeweiligen Workshops zu sammeln und im Plenum zu präsentieren.

Am zweiten Tag beider Veranstaltungen standen die Teilnehmenden und ihre Ideen im Mittelpunkt. Gefragt waren mögliche Szenarien für die Entwicklung der Thüringer Städte bzw. des ländlichen Raums bis zum Jahr 2030. Um die Themen zu bestimmen, zu denen anschließend in Arbeitsgruppen Szenarien entworfen werden sollten, wurden die Teilnehmenden zunächst gebeten, die aus ihrer Sicht wichtigsten Aspekte, Assoziationen und Probleme zur Leitfrage ihres Workshops zu notieren. Diese wurden anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert und zu Themenkomplexen zusammengefasst. Auf Basis dieser Aspekte schlug die Workshop-Leitung mögliche Themenfelder vor, mit denen sich die Arbeitsgruppen im Verlauf der Workshops näher befassten.



III. Workshop Erfurt: Themenfindung und Zusammensetzung der Gruppen

Bei der Veranstaltung in Erfurt stand die Frage, wie sich die Thüringer Städte bis zum Jahr 2030 entwickeln könnten, im Mittelpunkt. Zunächst wurden die Teilnehmenden gebeten, wichtige Aspekte, Assoziationen und Probleme zur Leitfrage des Workshops zu notieren, die anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert und zu Themenkomplexen zusammengefasst wurden.

Die Themenvorschläge der Teilnehmenden umfassten unter anderem die Bereiche Familie und Gesellschaft, Kultur, Bildung, Sozialpolitik, Ehrenamt und Partizipation, Jugendarbeit, Arbeitsplätze, ökonomische Entwicklung, Infrastruktur, Wohnumfeld sowie Umwelt und Ökologie. Auf Basis dieser Aspekte machte die Workshop-Leitung Vorschläge für drei Themenfelder, für die im Workshop Szenarien entwickelt werden sollten.

Dies waren die Themenbereiche:

- Stadtentwicklung
- Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement
- Familie und Gesellschaft

In den Themenkomplex „Familie und Gesellschaft“ wurden alle sozialen Aspekte des Zusammenlebens eingeordnet, etwa Bildung, Betreuung, Sozialpolitik, Gesundheit und Kultur.

Die Gruppe „Stadtentwicklung“ konzentrierte sich im Gegensatz dazu eher auf die „harten“ Standortfaktoren wie Infrastruktur, Ökonomie, Ökologie und Ressourceneinsatz.

In den Bereich der Gruppe „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“ fielen unter anderem formale Vorgaben, Möglichkeiten der Vernetzung sowie der Information und Motivation von Menschen, die sich engagieren wollen.

Nachdem die Arbeitsbereiche der Gruppen konkretisiert worden waren, konnten sich die Teilnehmenden ihren Präferenzen entsprechend den einzelnen Teams zuordnen. Die Interessenschwerpunkte der Teilnehmenden waren ausgewogen verteilt, sodass sich drei Personen fanden, die das Thema „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“ bearbeiten wollten sowie jeweils vier Personen für die Themenschwerpunkte „Familie und Gesellschaft“ und „Stadtentwicklung“.

Zusammensetzung der Arbeitsgruppen nach den beruflichen Hintergründen der Teilnehmenden:

Gruppe „Familie und Gesellschaft“:

- Mitarbeiterin des Landesjugendwerkes der AWO Thüringen
- Mitarbeiterin des Bildungsportals Thüringen
- Mitarbeiter des Landesverbandes der Menschen mit Behinderungen Thüringen e. V.
- Tanzpädagogin und Choreografin, Kulturetage Erfurt

Gruppe „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“:

- Dekanatsassistentin an der FH Erfurt
- Mitarbeiter des Paritätischen Thüringen e. V.
- Mitarbeiter der Bürgerwerkstatt Erfurt e. V.

Gruppe „Stadtentwicklung“:

- Stadtratsmitglied Stadt Schmalkalden
- Bauingenieur, ehemaliger Beigeordneter für Wirtschaft und Liegenschaften der Stadt Erfurt
- Bauingenieur, Mitglied im Seniorenarbeitskreis der IG Bau
- Pädagogin und Logopädin, in der Erwachsenenbildung tätig, Mitglied Kulturausschuss des Stadtrates Erfurt

In diesen Gruppen arbeiteten die Teilnehmenden während der gesamten Veranstaltung zusammen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden im Folgenden für jede Gruppe separat vorgestellt.

a. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Stadtentwicklung“

Die Gruppe „Stadtentwicklung“ konzentrierte sich bei der Entwicklung ihrer Szenarien vorrangig auf Standortfaktoren wie Infrastruktur, Ökonomie, Ökologie und Ressourceneinsatz. Dies sind die fünf **Schlüsselfaktoren**, mit denen die Gruppe arbeitete:

- Infrastruktur
- Ökonomie
- Ökologie
- Bildung, Kultur, Freizeit (sog. „weiche“ Standortfaktoren)
- Vermarktung und Wahrnehmung Thüringens in der Öffentlichkeit

Ausgehend von verschiedenen Ausprägungen der Schlüsselfaktoren entwarf die Gruppe ein positives sowie ein negatives Szenario.

Positives Szenario:

- Entwicklung zu einer menschengerechten Stadt: Verkehrswege werden verlagert, (Umgehungsstraßen, Entstehung unterirdischer Verkehrswege etc.), der ÖPNV wird bedarfsgerecht ausgebaut
- sinnvolle regionale Vernetzungen zur gemeinsamen Nutzung vorhandener Infrastruktur (z. B. Kultur- und Freizeiteinrichtungen) entstehen, Ziel: angemessene Infrastruktur, die sich an Bevölkerungszahl und Bedürfnissen der Bürger orientiert
- Wirtschaft entwickelt sich qualitativ weiter, Kennzeichen: hohe Wirtschaftlichkeit (hohe Löhne und dadurch hohe Steuerkraft), innovativ, umweltschonend, selbsttragend und lokal verankert; dadurch leistet die Wirtschaft einen Beitrag zur Bindung der Fachkräfte an die Region



- Energiebedarf und Schadstoffausstoß durch Industrie, Haushalte und Verkehr sinken; regionale Energiepotenziale werden stärker genutzt
- Flächenbedarf sinkt; regionale Wertschöpfungsketten werden erweitert; stadtnahe Erholungsgebiete entstehen
- kulturelle Vielfalt bleibt erhalten; die Arbeit von Sport- und Kulturvereinen wird unterstützt; es bestehen ausreichend altersgerechte Freizeitangebote
- alle Bildungsbedürfnisse können durch öffentliche oder private Träger abgedeckt werden; Einrichtungen der Gesundheitsvorsorge und des sozialen Bereichs sind flächendeckend vorhanden
- Wahrnehmung und Bekanntheit von Erfurt und Thüringen wird gesteigert, die Attraktivität des Standortes sowohl Einheimischen als auch Auswärtigen stärker bewusst gemacht
- der Partikularismus bzw. die Kleinteiligkeit der Strukturen wird überwunden, Potenziale besser gebündelt
- Thüringen wird für Zuwanderer attraktiver; Integration von Migrantinnen und Migranten wird aktiv unterstützt und verbessert
- kulturelle und sportliche Höhepunkte werden als Potenziale der einzelnen Regionen in Thüringen vermarktet, die Regionen dadurch zu touristischen Destinationen weiterentwickelt (z. B. Wintersport in Oberhof, Eissportzentrum Erfurt, Theaterlandschaft)

Negatives Szenario:

- Fokus liegt auf dem autogerechten Ausbau der Stadt: Verkehr fließt durch die Stadt, Nutzung des ÖPNVs wird nicht gefördert, es entsteht eine flächen- und kostenintensive Infrastruktur
- jede Stadt verfügt über eine komplette, zum Teil überdimensionierte Infrastruktur vor allem im Bereich der Kultur- und Freizeiteinrichtungen; Synergieeffekte und Möglichkeiten der regionalen Vernetzung werden nicht genutzt
- Anzahl der Unternehmensinsolvenzen nimmt zu, ohne dass dies durch Unternehmensneugründungen ausgeglichen wird
- vorhandene Infrastruktur und Gewerbeflächen werden weiter ausgebaut; Flächenversiegelung schreitet voran; Brachflächen werden nicht neu genutzt, Folge: sehr hohe Erschließungs- und Entsorgungskosten
- regionale Wertschöpfungsketten entwickeln sich zu „verlängerten Werkbänken“
- Mittel für die Förderung von Angeboten im kulturellen Bereich werden radikal gekürzt
- Versorgung mit Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge wird ausgedünnt
- Denkmalsubstanz wird nicht restauriert, sondern verfällt
- kleinteilige Strukturen im Bereich der Vermarktung Thüringens bleiben erhalten; ein Konzept, das sich auf die Vermarktung touristischer Höhepunkte konzentriert, liegt nicht vor

Aus den beiden entwickelten Szenarien leitete die Gruppe Handlungsempfehlungen ab, die ihrer Meinung nach einen Beitrag für eine positive Entwicklung Thüringens leisten können.

Handlungsempfehlungen:

- Durch regionale Planung (unterhalb der regionalen Planungsgemeinschaften, z.B. Städtedreieck am Saalebogen) und Vernetzung sollte eine angemessene Infrastruktur für Thüringen geschaffen werden, etwa durch:
 - Entstehung partnerschaftlicher Strukturen zwischen Städten aller Größenordnungen, um gemeinsam den Herausforderungen des demografischen Wandels und des Rückgangs der Steuereinnahmen zu begegnen, Standortfaktoren zu bündeln und dadurch teure Doppelstrukturen zu vermeiden. Ziel: möglichst geringer Einsatz finanzieller Mittel für die Verwaltung, dadurch mehr Spielraum für Erfüllung freiwilliger Aufgaben (Kultur- und Freizeiteinrichtungen, etc.) und Investitionen
- Als Grundlage für das Funktionieren dieser Stadtregionen sollten schnelle und leistungsfähige Verkehrsverbindungen für Individualverkehr und ÖPNV geschaffen werden.
- Eine angemessene Finanzausstattung der Mittelzentren sollte Vorrang vor der finanziellen Förderung von Ortschaften ohne räumliche Funktion für das Umland haben; die Ausweisung von Bauflächen für Gewerbe und Wohnimmobilien „auf der grünen Wiese“ außerhalb der großen Städte sollte zugunsten der Altbausanierung zurückgefahren werden, um den Prozess der Zersiedelung nicht weiter zu beschleunigen.
- Dem Flächenrecycling sollte Vorrang vor der Flächenausweitung eingeräumt werden. Es sollte finanziell so gefördert werden, dass die anfallenden Kosten die einer Neuerschließung nicht übersteigen. Für Investitionen an Altstandorten sollte eine bessere Förderung möglich sein als für Neuerschließungen.

- Bei der Flächenplanung sollte die Erreichbarkeit durch den ÖPNV beachtet werden (Arbeitsplätze, Verwaltung, Kultur und Freizeit) und bei der Planung die Zusammenarbeit zwischen lokalen Akteuren und ihren regionalen Nachbarn intensiviert werden. Evtl. wäre eine Organisation des kompletten ÖPNV durch das Land sinnvoll.
- Eine qualitative Weiterentwicklung der Wirtschaft sollte gefördert werden, Kennzeichen: hohe Wirtschaftlichkeit, innovativ, umweltschonend, selbsttragend und lokal verankert, Maßnahmen: Förderung der wirtschaftlichen Basis der Mittelzentren durch massive Unterstützung der dort ansässigen Unternehmen, insbesondere jener mit lokaler Verankerung und entsprechendem lokalen Verantwortungsbewusstsein; finanzielle, organisatorische und infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensneugründungen, Erschließung neuer Geschäftsfelder sowie Innovationsbereitschaft und -fähigkeit
- regionale Wertschöpfungsketten und Vernetzungen sollten ausgebaut werden
- Ressourcenverbrauch sollte so effizient wie möglich gestaltet werden, insbesondere durch Nutzung regionaler Energieträger
- Die Vermarktung Thüringens nach Außen und Innen sollte durch Überwindung der Kleinteiligkeit verbessert werden, Ziel: Bekanntheit der vielfältigen Angebote Thüringens steigern, z.B. durch Entwicklung einer touristischen Dachmarke
- Die kleinteilige Sicht der Thüringer auf ihr Land erschwert das Erkennen regionaler Potenziale und die Entstehung einer regionalen Identität, vor allem auch für Jugendliche, die sich in geringerem Maß regionalen Medien zuwenden. Hierzu sollten Schulen, Vereine sowie gut gemachte regionale Medien einen Gegenpol bilden.

b. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“

Die Arbeitsgruppe identifizierte fünf **Schlüsselfaktoren**, die aus Sicht der Teammitglieder zentral für die zukünftige Entwicklung des Themenfeldes „Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement“ sind:

- persönliches Interesse, Identifikation und Information über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements
- formale Vorgaben und rechtliche Absicherung der ehrenamtlich Tätigen
- aktive Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit durch die Kommunen (sowohl sachlich als auch finanziell)
- Anerkennung und Wertschätzung ehrenamtlicher Arbeit
- Vernetzung Ehrenamtlicher untereinander sowie mit hauptamtlichen Strukturen und der Politik

Zunächst entwarf die Gruppe ein Trendszenario. Die erste Zukunftsprognose basierte also auf der Annahme, dass die heutigen Ausprägungen aller Einflussfaktoren konstant bleiben. Ausgehend vom Trendszenario wurden anschließend ein positives und ein negatives Szenario entwickelt.



Trendszenario:

- viele BürgerInnen identifizieren sich mit ihrer Kommune, einige engagieren sich ehrenamtlich; die Lasten sind jedoch auf wenige Schultern verteilt; Einzelne können überfordert werden und resignieren
- hohes Maß an Unwissenheit über Vereinsrecht und persönliche Haftungsrisiken; Beratungsangebote fehlen oder sind zu teuer; ehrenamtlich Tätige scheuen vor Verantwortung zurück; Stellen bleiben unbesetzt; vermeidbare Fehler werden begangen; die Komplexität vieler Themen und die damit verbundene Bürokratie wirken hemmend
- geringe Kontinuität und zeitliche Befristung von Vorgaben und Förderrichtlinien; Folgen: geringere Planbarkeit und Professionalisierung, erschwerte Motivation, Wissen und Erfahrung gehen verloren. Die Ökonomisierung (Notwendigkeit der Selbstfinanzierung) vieler Projekte ist den Themengebieten nicht angemessen
- Unterstützung durch Kommunen ist situations- und themenbedingt unterschiedlich; städtische Ansprechpartner sind vorhanden, Kooperation ist aber ausbaufähig und zum Teil abhängig von persönlichen Beziehungen zu wichtigen Akteuren; partnerschaftliches Miteinander wird vermisst, neue Interessengruppen finden schwer Unterstützung; viele Gruppen konkurrieren um knappe finanzielle Mittel
- ehrenamtliches Engagement wird von Verwaltung und Öffentlichkeit geschätzt, ist aber „Holpflicht“: hängt davon ab, wie gut eine Gruppe ihr Projekt präsentiert und bekannt macht
- Vernetzung zwischen Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen und Politik ist ausbaufähig; Wissen der Bevölkerung über Beteiligungsmöglichkeiten ist gering, Folge: Themen werden zum Teil mehrfach bearbeitet, andere bleiben unbearbeitet

Positives Szenario:

- hoher Anteil ehrenamtlich Engagierter durch hohe Identifikation und großes Interesse, dadurch Entlastung des Einzelnen
- alle ehrenamtlich Tätigen sind rechtlich abgesichert; durch ein dichtes Beratungsnetz werden Unklarheiten beseitigt und Kenntnisse vermittelt, Fehler können vermieden werden; Förderungen und Vorgaben werden verstetigt, Projekte langfristig ausgerichtet; eine bessere Aufwandsentschädigung führt zu höherer finanzieller Sicherheit und motiviert zur Übernahme von Verantwortung
- Kommunen leisten bestmögliche Unterstützung, erleichtern durch finanzielle und materielle Hilfen die Selbstorganisation der Ehrenamtlichen und tragen dazu bei, den Bekanntheitsgrad ehrenamtlichen Engagements zu erhöhen
- durch wirksame PR-Maßnahmen (ggf. Schulung erforderlich) wird ehrenamtliche Arbeit besser dokumentiert; Motivation und Spendenbereitschaft steigen, Ehrenamtliche erfahren Anerkennung und werden ausgezeichnet
- Optimale Zusammenarbeit von Ehrenamtlichen, Hauptamtlichen und Politik durch Koordinierungsstelle und Ehrenamtsdatenbank; diese tragen zu bestmöglicher Aufklärung über Einsatz- und Beteiligungsmöglichkeiten bei

Negatives Szenario:

- Durch geringes Interesse und geringe Identifikation nimmt der Anteil ehrenamtlich Engagierter ab; die Verbleibenden können weniger Arbeit erledigen, die Kosten für den Staat steigen
- Ehrenamtliche sind nicht rechtlich abgesichert, Folgen: Verunsicherung und geringere Motivation zur Beteiligung. Beratungsmöglichkeiten sind nicht vorhanden, dadurch sind Wissen und Kenntnisse der Ehrenamtlichen minimal, vermeidbare Fehler entstehen. Durch wechselnde Förderbedingungen und Vorgaben wird die Arbeit zusätzlich erschwert; Ehrenamtliche erhalten keine Aufwandsentschädigung, sind auf eigene finanzielle Sicherheiten angewiesen
- ehrenamtliche Arbeit wird durch Kommunen kaum unterstützt, obwohl sie in ihrem Interesse liegen sollte
- ehrenamtliches Engagement findet keine Anerkennung in der Gesellschaft, die Berichterstattung in den Medien ist negativ oder nicht vorhanden; Ehrenamtliche müssen sich für ihre Tätigkeit rechtfertigen, ihnen entstehen Nachteile
- Hauptamtliche und Politik, aber auch ehrenamtliche Vereine untereinander sind schlecht über die Arbeit der anderen informiert; Koordination, insbesondere zwischen gleichgerichteten Projekten, findet nicht statt; Vereine stehen in Konkurrenz zueinander
- Fazit: Konsequenz dieser Entwicklungen ist die Verringerung ehrenamtlichen Engagements; es können weniger Arbeiten durch Ehrenamtliche erledigt werden, Kommune, Land und Bund müssen für die entstehenden Kosten aufkommen

Auf Basis der drei entwickelten Szenarien überlegte die Arbeitsgruppe, welche Entwicklungen wünschenswert sind und wie diese erreicht werden können. Die Arbeitsgruppe erwartet, dass der Bereich der gesellschaftlichen Entwicklung durch Bürgerbeteiligung und ehrenamtliches Engagement zukünftig weiter an Bedeutung gewinnen wird. Dies wird nicht nur durch knappe Finanzlagen der öffentlichen Haushalte wirtschaftlich sinnvoll, sondern dient auch einer stabilen, demokratischen Gesellschaft. Ziel sollte eine Gesellschaftsstruktur sein, in der BürgerInnen, Mandatsträger und kommunale Verantwortungsträger der Verwaltungen in einer Atmosphäre der gegenseitigen Wertschätzung und Partnerschaftlichkeit zusammenarbeiten. Um diesen Bereich zu stärken, gibt die Arbeitsgruppe der Politik folgende Empfehlungen:



Handlungsempfehlungen im Bereich Bürgerbeteiligung:

- kommunale Parlamente und Verwaltungen sollten regelmäßig thematisch vielfältige Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung initiieren und diese durch Pressearbeit und offene (moderierte) Veranstaltungen umrahmen, um Dialog zwischen Bevölkerung und kommunalen Verantwortungsträgern zu fördern. Auch Landes- und Bundespolitik sollten dabei aktiv mitwirken (z. B. durch Teilnahme von MdLs und MdBs an diesen Veranstaltungen)
- konstruktive Bürgerbeteiligung sollte in allen Aufgabenbereichen der Stadt höheres Gewicht erhalten und als fester, ergebnisoffener Prozessschritt vorgesehen sein (z. B. durch Bürgerische, Anhörungs- und Vorschlagsrechte), d. h. nicht nur der Information und Anhörung dienen; Beteiligungsfreundlichkeit sollte in den Fokus gerückt werden, dafür benötigte personelle und finanzielle Ausstattung gewährleistet werden; Vorteil für die Kommunen: BürgerInnen sind „Experten der Praxis und der alltäglichen Realisation“, ihre fachlichen Kompetenzen können ohne großen finanziellen Mehraufwand einbezogen werden
- Beteiligungsverfahren sollten sich an Bedürfnissen der potenziell Betroffenen orientieren, ihre Sprache sprechen (z. B. für Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderungen)
- Demokratieerziehung in Bildungs- und Betreuungsangeboten für Kinder und Jugendliche sollte ausgeweitet werden, z. B. durch höhere Flexibilität bei Ausgestaltung der Lehrpläne; dies ermöglicht erste praktische Erfahrungen und Erfolgserlebnisse im Bereich Bürgerbeteiligung
- Jugendparlamente und Seniorenbeiräte sollten flächendeckend installiert und gefördert werden

Handlungsempfehlungen im Bereich ehrenamtliches Engagement:

- da ehrenamtliches Engagement oft mit Übernahme von persönlicher Verantwortung z. B. für finanzielle Mittel verbunden ist, muss die rechtliche Absicherung Ehrenamtlicher verbessert werden (z. B. Beschränkung der persönlichen Haftungsrisiken von Vereinsvorständen auf vorsätzliches und grob fahrlässiges Verhalten), um Hemmnisse für Übernahme des Engagements zu senken
- auf Landesebene sollte eine zentrale Beratungs- und Informationsstelle eingerichtet werden, um Wissenslücken und Unsicherheiten in Bezug auf mögliche Risiken zu begegnen
- ehrenamtliches Engagement darf nicht an knappen finanziellen Mitteln der Aktiven scheitern; mögliche Ansätze: weitere steuergesetzliche Würdigung des Engagements (Adressat: Bund), Einräumung von Freifahrkontingenten im ÖPNV, um Mobilität der Ehrenamtlichen zu unterstützen (Adressat: Kommunen und Land)
- materielle Unterstützung engagierter BürgerInnen durch Kommunen: Möglichkeit der kostenlosen Nutzung von Räumlichkeiten in Rat- und Bürgerhäusern, Mitnutzung von Kopiergeräten etc.
- Länder und Kommunen sollten BürgerInnen über Fördermöglichkeiten ehrenamtlichen Engagements auf allen politischen Ebenen aufklären, sie beraten und bei der Beantragung unterstützen
- viele Förderprogramme sind zeitlich befristet, bieten eine Anschubfinanzierung, nach der die Projekte auf eigenen Beinen stehen sollen. Dies ist vielfach nicht zielführend. Die Fördermittelgeber sollten einzelne Förderthemen verstetigen und die Ökonomisierung ehrenamtlichen Engagements reduzieren

Handlungsempfehlungen im Bereich Vernetzung:

- Wissen über ehrenamtlich Engagierte sollte in Städten stärker gebündelt werden, um bessere Information für Interessierte, Vernetzung und Koordination zu erreichen, z. B. durch kommunale Koordinierungsstellen und landesweite Ehrenamtsdatenbank
- auf kommunaler Ebene sollten Ehrenamtsbeiräte gebildet werden, die regelmäßig mit Verwaltungsspitzen und Lokalpolitikern tagen; diese könnten als Schnittstelle dienen, Vernetzung fördern und Konkurrenzdenken entgegenwirken



c. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Familie und Gesellschaft“

Die Gruppe „Familie und Gesellschaft“ konzentrierte sich bei der Entwicklung ihrer Szenarien überwiegend auf die sozialen Aspekte des Zusammenlebens wie Bildung, Betreuung, Sozialpolitik, Gesundheit und Kultur. Vor Beginn der Szenario-Entwicklung identifizierte die Gruppe fünf **Schlüsselfaktoren**, die für die Entwicklung in ihrem Themenfeld wesentlich sind. Diese umfassen die Aspekte:

- Wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplätze
- Bildungs- und Sozialpolitik
- Freizeit/Sport/Kultur
- Sicherheit
- Infrastruktur

Ausgehend von verschiedenen Ausprägungen der Schlüsselfaktoren entwarf die Gruppe ein positives sowie ein negatives Szenario.



Positives Szenario:

- verarbeitende Industrie entwickelt sich durch qualitatives Wachstum der innovativen Branchen; Forschungs- und Entwicklungsstandorte entstehen
- industrielle Produktion arbeitet ressourcenschonend; es wird Wert auf die Möglichkeit zum Recycling gelegt
- eine größere Anzahl qualifizierter, gut bezahlter Arbeitsplätze entsteht insbesondere im Bereich der ökologischen Wirtschaft; Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen werden abgeschafft
- finanzielle Ausstattung der Kommunen wird gemäß ihrer gesellschaftlichen Aufgaben und Verantwortungen gesichert
- Kindergrundsicherung wird eingeführt
- Bildungsföderalismus und Bildungssystem werden umfassend reformiert: Einführung von Vorschulen, Gesamtschulen und Ganztagschulen, Reduzierung der Anzahl der Förderschulen, Verkleinerung der Klassen, größeres Angebot an zukunftsorientierten und kindgerechten Bildungsangeboten, freie Studienwahl und Studiengebührenfreiheit
- vielfältige Weiterbildungsangebote werden geschaffen; für Teilnahme an Weiterbildungen ist Freistellung von der Arbeit problemlos möglich



Negatives Szenario:

- massiver Fachkräftemangel
- weiterer Beschäftigungsabbau im produzierenden Gewerbe
- Anstieg der Arbeitslosenquote auf über 25 Prozent, die Jugendarbeitslosigkeit liegt noch weit darüber
- als Konsequenz dessen massenweise Abwanderung und Entvölkerung ganzer Landstriche
- flächendeckende Insolvenz von Kommunen; lediglich Aufrechterhaltung einer Minimalinfrastruktur ist noch möglich
- Ghettobildung und damit wachsender Ausschluss ganzer Bevölkerungsgruppen (Alte, Kranke, Behinderte, Migranten, Arbeitslose etc.); dadurch steigt die Gefahr der Verarmung und Vereinsamung dieser Menschen weiter an
- föderales Bildungssystem wird beibehalten
- Bildungsarmut und Chancenlosigkeit werden „vererbt“

- Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung stagniert
- gesundheitliche Unter- bzw. Mangelversorgung in Stadt und Land, da Ärzte, Medikamente und Hilfsmittel fehlen; als Konsequenz verstärkte Entwicklung zu einem Gesundheitssystem 1., 2. und 3. Klasse
- geistige und kulturelle Verarmung
- wachsende Kriminalität, insbesondere Zunahme von Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund
- Entwicklung Deutschlands zu einem Überwachungsstaat

Auf Basis dieser beiden Szenarien überlegte die Arbeitsgruppe, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um eine positive Entwicklung Thüringens in den nächsten 20 Jahren zu erreichen. Das Ergebnis sind Forderungen, die sich an das Land Thüringen sowie an den Bund richten.





Handlungsempfehlungen für das Land Thüringen:

- wirtschaftliche Entwicklung sollte auf Grundlage folgender Schwerpunkte gestaltet werden: Fokus auf ressourcenschonender Produktion und Recycling, Förderung der Entstehung von Forschungs- und Entwicklungsstandorten, qualitative Weiterentwicklung der verarbeitenden Industrie durch Wachstum der innovativen Branchen
- Bildungssystem sollte reformiert, Bildung demokratisiert werden durch: Schaffung einer größeren Anzahl von kinderorientierten und kindgerechten Bildungsangeboten, Reduzierung von Förderschulen, stattdessen Ausbau von Gesamtschulen und Ganztagschulen, geringere Klassengrößen
- Bereitschaft zum lebenslangen Lernen sowie Schaffung entsprechender Angebote sollten gefördert werden
- Handlungsempfehlungen für den Bund:
- Sicherung der finanziellen Ausstattung der Kommunen
- Abschaffung der Lohndifferenzen zwischen Männern und Frauen
- Einführung einer Kindergrundsicherung

Handlungsempfehlungen für Land und Bund:

- angemessene personelle und materielle Ausstattung der für die Sicherheit zuständigen Einrichtungen
- Einhaltung des Datenschutzes sollte gewährleistet werden
- ÖPNV sollte bedarfsgerecht ausgebaut werden und für alle Bürger preiswert bzw. kostenfrei nutzbar sein

IV. Workshop Ilmenau: Themenfindung und Zusammensetzung der Gruppen

Bei der Veranstaltung in Ilmenau stand die Frage, wie sich der ländliche Raum in Thüringen bis zum Jahr 2030 entwickeln könnte, im Mittelpunkt. Wie zuvor beim Workshop in Erfurt wurden die Teilnehmenden zunächst gebeten, wichtige Aspekte, Assoziationen und Probleme zur Leitfrage des Workshops zu notieren, die anschließend in Arbeitsgruppen diskutiert und zu Themenkomplexen zusammengefasst wurden.

Die Themenvorschläge der Teilnehmenden umfassten unter anderem die Bereiche Infrastruktur und Raumplanung, Umwelt und Nachhaltigkeit, Zugang zu Arbeit und Ausbildung, Verhinderung der Abwanderung aus Thüringen, Familienpolitik, Kultur- und Freizeitangebote, bürgerschaftliches Engagement sowie Profil bzw. Identität der Thüringer Regionen. Auf Basis dieser Aspekte schlug die Workshop-Leitung mögliche Themenfelder für die Szenario-Entwicklung vor. Diese Vorschläge wurden von den Teilnehmenden diskutiert und ihren Interessen entsprechend angepasst, sodass sich die Gruppe auf drei Themenkomplexe einigte.

Dies waren die Bereiche:

- Wirtschaft und Arbeit
- Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt
- Familie und Kultur

Die Gruppe „Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt“ befasste sich nicht nur im technischen Sinne mit der Infrastruktur, sondern auch in Bezug auf Verwaltungsstrukturen und Kompetenz-



verteilungen innerhalb der Verwaltung. In den Bereich der Arbeitsgruppe „Familie und Kultur“ fielen neben diesen beiden Aspekten auch die Themenfelder gesellschaftliches Zusammenleben, bürgerschaftliches Engagement und Integration von Senioren.

Nachdem die Arbeitsbereiche der Gruppen konkretisiert worden waren, konnten sich die Teilnehmenden ihren Präferenzen entsprechend den einzelnen Teams zuordnen. Die Interessenschwerpunkte waren ausgewogen verteilt, sodass sich sechs Personen mit dem Themenfeld „Familie und Kultur“ befassen wollten. Jeweils fünf Teilnehmende widmeten sich den Themenkomplexen „Wirtschaft und Arbeit“ sowie „Infrastruktur, Umwelt und Bildung“.

Zusammensetzung der Arbeitsgruppen nach den beruflichen Hintergründen der Teilnehmenden

Gruppe „Wirtschaft und Arbeit“:

- Professor für Physik, TU Ilmenau
- Mitarbeiter des Kultur- und Medienzentrums, TU Ilmenau
- Mitarbeiter des Rektorats, TU Ilmenau
- Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Wirtschaftspolitik, TU Ilmenau
- Geschäftsführer der IG Metall Südthüringen

Gruppe „Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt“:

- Leiterin des Offenen Kanals Saalfeld
- freiberufliche Kultur- und Veranstaltungsmanagerin
- Leiterin der Ver.di-Bildungsstätte Saalfeld
- Journalist
- Diplom-Chemiker

Gruppe „Familie und Kultur“:

- zwei Rentnerinnen, tätig im Seniorenbeirat der Stadt Ilmenau
- Architektin und Gutachterin

- Wissenschaftler am Institut für Mikroelektronik- und Mechatronik-Systeme, Ilmenau
- emeritierter Professor für Lichttechnik, TU Ilmenau
- Pädagoge, Mitglied der Seniorenvertretung Saalfeld

In diesen Gruppen arbeiteten die Teilnehmenden während des gesamten Workshops zusammen. Die Ergebnisse ihrer Arbeit werden im Folgenden für jede Gruppe separat vorgestellt.

a. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Wirtschaft und Arbeit“

Die Arbeitsgruppe identifizierte fünf **Schlüsselfaktoren**, die aus Sicht der Teammitglieder zentral für die zukünftige Entwicklung des Themenfeldes „Wirtschaft und Arbeit“ sind:

- Ausgestaltung gesetzlicher Rahmenbedingungen
- Orientierung des Bildungssystems am Fachkräftebedarf der Wirtschaft
- attraktive gesellschaftliche Infrastruktur
- Nutzung und Förderung von alternativen Energien, Materialien und Ressourcen
- Ausgewogenheit von Binnennachfrage und Export

Die Gruppe entwarf anschließend ein positives und ein negatives Szenario sowie ein Trendszenario, das auf der Annahme basiert, dass die heutigen Ausprägungen aller Einflussfaktoren konstant bleiben.

Trendszenario:

- dreigliedriges Schulsystem bleibt erhalten
- Binnennachfrage stagniert oder geht leicht zurück
- Energieversorgung wird weiterhin durch einen Energiemix gewährleistet, der auch Atomenergie beinhaltet
- Infrastruktur wird vernachlässigt und ist nicht mehr flächen-deckend vorhanden
- Politik reagiert lediglich auf Entwicklungen in den verschiedenen Politikfeldern, statt aktiv und gestaltend einzugreifen



Positives Szenario:

- Bevölkerungszahl geht nur geringfügig zurück
- Steuergesetzgebung wird weiterentwickelt: Besteuerungsgrundlage, erreichbares Steuervolumen und Verteilung der Steuereinnahmen werden zwischen Bund, Ländern und Kommunen ausgeglichen geregelt
- gesellschaftliche und ehrenamtliche Arbeit leistet einen Beitrag zur sozialen Integration insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen
- gesetzlicher Mindestlohn wird eingeführt
- für die Verwaltungen auf kommunaler und auf Landesebene werden Hybrid- und/oder Elektrofahrzeuge angeschafft, öffentliche Gebäude werden verstärkt mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet, die energetische Holznutzung wird ausgebaut und gefördert, die Energieeffizienz verbessert
- es wird eine sinnvolle und nachhaltige Wirtschaftspolitik und -förderung betrieben, Ziele: Erhalt bestehender Betriebe und Arbeitsplätze, Fokus auf Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten, auf Ansiedlung von Unternehmenssitzen und auf die Schaffung von Forschungs- und Entwicklungsstandorten; es werden Anreize für die Entwicklung längerfristiger Unternehmensstrategien geschaffen
- Angebot an dualen Studiengängen (Verbindung zwischen Universität und Praxis) und berufsbezogener Schulbildung wird ausgebaut; soziale und interkulturelle Kompetenz wird in Schule und Universität stärker vermittelt; wirtschaftsbezogene Weiterbildungen für Lehrer werden in größerem Umfang angeboten; Bereitschaft zum lebenslangen Lernen wird (durch entsprechende Angebote) gefördert

- es werden mehr gemeinschaftliche und kommunikative Wohnformen für Ältere geschaffen
- regionale Wirtschaft sowie Verbundenheit mit der Region werden gestärkt durch: Erhalt bzw. Ausbau von Wochenmärkten; vorwiegend Einkauf von regionalen Produkten durch die öffentliche Hand
- wohnortnahe Gesundheitsvorsorge wird gewährleistet
- touristische Vermarktung der Region Thüringen wird verbessert; Produkte aus Thüringen werden zur Marke weiterentwickelt



Negatives Szenario:

- sowohl Exporte als auch Binnennachfrage gehen zurück, insbesondere regionale Anbieter leiden darunter; Anzahl der Betriebsinsolvenzen steigt
- Gewerbeflächen werden weiter ausgebaut, ohne dass vorhandene Brachflächen einer neuen Nutzung zugeführt werden; dadurch schreitet die Flächenversiegelung weiter voran
- Flughafen Erfurt wird in seiner jetzigen Form weiterbetrieben
- Energie wird verstärkt aus Atomkraft bzw. Kohle gewonnen; durch Zunahme der Energiekosten steigt die finanzielle Belastung für die Kommunen
- Klassengrößen in den Schulen sowie bei Aus- und Weiterbildung steigen weiter an; Anforderungsniveau wird abgesenkt
- es findet lediglich ein scheinbarer Bürokratieabbau statt; Anzahl von Kommissionen, Arbeitskreisen und Beratungsgremien in der und für die Verwaltung nimmt jedoch zu

Auf Basis der drei entwickelten Szenarien überlegte die Arbeitsgruppe, welche Entwicklungen wünschenswert sind und wie diese erreicht werden können. Daraus leitete das Team Handlungsempfehlungen für die Politik ab.

Handlungsempfehlungen für die Landesregierung:

- für Thüringen soll ein über das Land hinaus bekanntes Image entwickelt werden. Mögliche Charakteristika: Zusammenspiel von Kultur, Historie, reizvoller Landschaft, touristischer Region und attraktiven Arbeitsplätzen in Zukunftsbranchen
- Wirtschaftspolitik sollte vor allem auf mittelständische sowie Klein- und Kleinstunternehmen ausgerichtet sein, Ziele: Ansiedlung und regionale Verankerung von Unternehmenssitzen, Erhalt bestehender Betriebe und Arbeitsplätze, Aus- und Weiterbildung der Beschäftigten, Schaffung von Forschungs- und Entwicklungsstandorten in Thüringen
- Wirtschaft muss mit qualifizierten Fachkräften versorgt werden, mögliche Maßnahmen: Integration wirtschaftsbezogener Elemente sowie Förderung sozialer und interkultureller Kompetenz in der schulischen und universitären Ausbildung, Angebot kontinuierlicher wirtschaftsbezogener Weiterbildungen für LehrerInnen und ErzieherInnen. Diese Modernisierung der Bildungsstrukturen kann zugleich Anreiz für die Anwerbung externer Fachkräfte sein
- Arbeit muss mit einem Einkommen entlohnt werden, das die Finanzierung eines Familienhaushalts ermöglicht, daher wird die Initiierung bzw. Unterstützung einer Bundesratsinitiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns empfohlen. Dadurch, dass Betroffene keine ergänzenden finanziellen Leistungen beantragen müssten, könnten die öffentlichen Kassen entlastet werden
- Steuergesetzgebung sollte weiterentwickelt werden, Ziel: ausgleichende Regelung von Besteuerungsgrundlage, erreichbarem Steuervolumen und Steuermittelverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Handlungsempfehlungen für Landesregierung und Kommunen:

- Bewusstsein für regionale Produkte und nachhaltige Energiepolitik sollte gestärkt werden durch: Anschaffung von Elektro- und/oder Hybridfahrzeugen für die öffentliche Verwaltung, Installation von Photovoltaik-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden, vorwiegend Einkauf regionaler Produkte durch die öffentliche Hand
- gesellschaftliche und ehrenamtliche Arbeit sollte als Mittel zur sozialen Integration insbesondere von benachteiligten Bevölkerungsgruppen eingesetzt werden; unterstützt werden sollte dieser Prozess durch wohnortnahe Gesundheitsversorgung sowie ein größeres Angebot an kommunikativen und gemeinschaftlichen Wohnformen für Ältere

Handlungsempfehlung für die Kommunen:

- Stärkung regionaler Wirtschaft und Verbundenheit durch: Erhalt und Ausbau von Wochenmärkten, Förderung von Vereinen, Veranstaltungen, Kultur sowie regionaler Traditionen und Brauchtum



b. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt“

Die Arbeitsgruppe identifizierte sechs **Schlüsselfaktoren**, die aus Sicht der Teammitglieder zentral für die zukünftige Entwicklung des Themenfeldes „Infrastruktur, Raumplanung und Umwelt“ sind:

- Bevölkerungsentwicklung
- finanzielle Mittel der öffentlichen Hand sowie von Privatpersonen/Unternehmen
- wirtschaftliche Entwicklung
- Struktur und Kompetenzverteilung innerhalb der Verwaltung
- Einsatz natürlicher und materieller (nicht finanzieller) Ressourcen
- politische Entwicklung

Die Gruppe entwarf anschließend ein positives und ein negatives Szenario sowie ein Trendszenario basierend auf der Annahme, dass die heutigen Ausprägungen aller Einflussfaktoren konstant bleiben.

Positives Szenario:

- positive wirtschaftliche Entwicklung: Ansiedlung von Spitzentechnologie, große Nachfrage nach Fachkräften, Steigerung des Lohnniveaus
- neue Arbeitsplätze entstehen durch: Stärkung mittelständischer Unternehmen, Verstärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe, Auf- und Ausbau des Wellness-, Kultur- und Naturtourismus
- durch positive Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts steigt die Lebensqualität; Thüringen wird für Fachkräfte aus dem In- und Ausland und für einheimische Hochschulabsolventen gleichermaßen attraktiv; die Geburtenrate entwickelt sich positiv, die Bevölkerungsentwicklung stabilisiert sich
- durch günstige Bevölkerungsentwicklung wird ein Ausbau der Infrastruktur (ÖPNV, Schulen, Kindertagesstätten, medizinische und Kultureinrichtungen) nötig, der aus Mitteln der öffentlichen Hand finanziert werden kann
- Thüringen baut Schulden ab, kann wieder freiwillige Ausgaben finanzieren und attraktive Förderprogramme auflegen; für Ausgaben in den Bereichen Natur- und Klimaschutz, Bildung sowie demokratiefördernde Maßnahmen erhält Thüringen Mittel vom Bund und von der EU
- es wird eine moderne, kompetente und wirtschaftliche Verwaltungsstruktur geschaffen; trotz Konzentration auf wenige Standorte wird größtmögliche Bürgernähe erzielt (z. B. durch Einsatz neuer Medien und Einrichtung von dezentralen Bürgerservicebüros)

- Landesregierung erlässt klare Richtlinien für die Infrastrukturentwicklung und kontrolliert deren korrekte Ausführung
- schonender und bewusster Umgang mit natürlichen Ressourcen: Flächenverbrauch wird gesenkt, durch Reurbanisierung und Revitalisierung werden Brachflächen und Altstandorte nutzbar gemacht, Land- und Forstwirtschaft wird nachhaltig und unter Einbeziehung der Biolandwirtschaft betrieben; Biodiversitätsziele werden umgesetzt
- Wahlbeteiligung nimmt deutlich zu, außerdem beteiligen sich die BürgerInnen rege in außerparlamentarischen Prozessen und machen dadurch der Politik gegenüber ihre Wünsche und Bedürfnisse deutlich



Trendszenario:

- Bevölkerungszahl geht weiter zurück, dadurch sinkt auch der Umfang öffentlicher Mittel; die finanzielle Lage Thüringens verschlechtert sich durch den Wegfall des Länderfinanzausgleichs zusätzlich. Freiwillige Leistungen stehen daher jedes Jahr erneut zur Disposition und werden mit immer weniger Geld bedacht
- Wirtschaftsentwicklung verläuft konstant mit leicht positiver Tendenz; dies kann jedoch den Abwärtstrend in Bezug auf die finanzielle Lage nicht stoppen, zumal die Wirtschaft ebenfalls auf Zuschüsse der öffentlichen Hand angewiesen ist
- dringend notwendige Verwaltungsstrukturreformen finden nicht statt
- der Flächenverbrauch steigt, was sich negativ auf die natürlichen Ressourcen Thüringens auswirkt
- politische Veränderungen bleiben aus; permanente Wahlkämpfe und Koalitionsstreitigkeiten führen zu einer Zunahme von Politikverdrossenheit; die Wahlbeteiligung sinkt moderat

Negatives Szenario:

- Thüringen versucht sich verstärkt als Niedriglohnland zu profilieren, doch immer mehr Industriearbeitsplätze fallen weg, mittelständische Unternehmen erhalten keine Aufträge mehr, die Arbeitslosigkeit steigt
- eine verstärkte Tendenz zur Abwanderung von Fachkräften ist die Folge; die verbliebene Bevölkerung ist überaltert, Folge: Dörfer sterben, Innenstädte veröden, die Infrastruktur bricht zusammen. Durch schwindende Attraktivität von Städten und Gemeinden gibt es keine touristische Basis mehr
- negative Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft und Infrastruktur haben einen Zusammenbruch der öffentlichen Haushalte zur Folge; aufgrund fehlender Eigenmittelausstattung können selbst Fördermittel nicht mehr in Anspruch genommen werden
- wegen der schlechten finanziellen Lage muss die Verschuldung weiter erhöht werden; das „Tafelsilber“ (Wald, Schlösser, Kunstschatze und kommunale Wohnungen) wird privatisiert
- um finanzielle Reserven zu erschließen, wird ungebremst Raubbau an der Natur getrieben; dies trägt zusammen mit Flächenversiegelung und Zersiedlung dazu bei, dass Thüringen nicht mehr das grüne Herz Deutschlands ist
- Regierung kümmert sich kaum um die Belange der BürgerInnen, trifft keine langfristigen Entscheidungen mehr, sondern verwaltet nur die Missstände und ist dadurch weitestgehend handlungsunfähig; ein Anwachsen der Politikverdrossenheit ist die Folge; dadurch kann Extremismus mehrheitsfähig und eine echte Gefahr für die Demokratie werden



Auf Basis der drei entwickelten Szenarien überlegte die Arbeitsgruppe, welche Entwicklungen wünschenswert sind und wie diese erreicht werden können. Daraus leitete das Team Handlungsempfehlungen für die Politik ab.

Handlungsempfehlung für die Landesregierung:

- Gewerbeansiedlungen sollten besser gesteuert werden, Ziel: Reurbanisierung und Revitalisierung statt Neuerschließung und Ausweitung der Flächenversiegelung; hierfür sollte die Landesregierung klare Richtlinien erlassen und deren korrekte Ausführung kontrollieren
- Vergaberichtlinien sollten unter Berücksichtigung von ökologischen und regionalen Wirtschaftskreisläufen gestaltet werden



Handlungsempfehlung für die Landesregierung und die Kommunen:

- Verwaltungsstrukturreform sollte durchgeführt werden, Ziel: größere Gemeinden und Kreise, bessere Koordination von Landesbehörden. Trotz Konzentration auf wenige Standorte sollte größtmögliche Bürgernähe erreicht werden (z. B. durch Einrichtung von Bürgerservicebüros und Nutzung neuer Medien), der Zuschnitt von Planungs- und Verwaltungsregionen sollte identisch sein
- Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung sollten auf allen politischen Ebenen ausgebaut werden

Handlungsempfehlungen für die Landesregierung und den Bundesrat:

- Steuereinnahmen sollten auf alle Kommunen gerecht verteilt werden, d. h. nicht nur auf Basis von Gewerbeansiedlungen und Einwohnerzahl

Handlungsempfehlungen für Landesregierung, Bundesrat, EU und Verbände:

- Thüringen sollte bewusst mit seinen natürlichen Ressourcen umgehen, die Landnutzung sollte naturverträglich sein (z. B. durch Biolandwirtschaft, nachhaltige Land- und Forstwirtschaft)

Handlungsempfehlungen für Landesregierung, Landkreise, Kommunen und Verbände:

- Thüringen sollte gezielt überregional als Wellness-, Kultur- und Naturtourismusland vermarktet werden, eine „Marke Thüringen“ sollte entwickelt werden

Handlungsempfehlungen für Landesregierung, Landkreise, Kommunen und Nachverkehrsunternehmen:

- wohnortnahe Infrastruktur (ÖPNV, Bildung, Kultur, gesellschaftliche Betreuung) sollte unabhängig von Verwaltungsstrukturen erhalten bleiben

Handlungsempfehlung für Tarifpartner:

- es sollte eine leistungsgerechte Tarifpolitik betrieben werden, um qualifizierte Fachkräfte für Thüringen zu gewinnen bzw. deren Abwanderung zu verhindern

c. Szenario-Entwicklung der Gruppe „Familie und Kultur“

Die Arbeitsgruppe identifizierte fünf **Schlüsselfaktoren**, die aus Sicht der Teammitglieder zentral für die zukünftige Entwicklung des Themenfeldes „Familie und Kultur“ sind:

- Handlungsspielräume der Kommunalpolitik, Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips
- Erhalt von Kulturlandschaften und kultureller Vielfalt
- Bewahrung von Traditionen
- Image der Familien, Vereine und Kirchen
- Einbindung der Senioren in das gesellschaftliche Leben

Die Gruppe entwarf anschließend ein positives und ein negatives Szenario sowie ein Trendszenario basierend auf der Annahme, dass die heutigen Ausprägungen aller Einflussfaktoren konstant bleiben.



Positives Szenario:

- Kommunalpolitik vor Ort wird gestärkt durch: ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen, größtmögliche Konzentration von Verantwortlichkeiten vor Ort (gemäß des Subsidiaritätsprinzips), eigenes Satzungsrecht, Mitspracherecht der BürgerInnen bei Eingemeindungen, verstärkte Zusammenarbeit zwischen Stadt und ländlichem Bereich
- Kulturlandschaften (umfassen Natur, Kunst, Denkmäler, Vereine etc.) werden erhalten und gefördert sowie neue Kulturlandschaften erschlossen
- Traditionsorientierte Vereine und Einrichtungen (z. B. freiwillige Feuerwehr, heimatgeschichtliche Vereine) sowie traditionelle Mundarten werden erhalten und gefördert, Volksfeste gestaltet; diese Aktivitäten sind Basis für die Identifikation der BürgerInnen mit ihrer Region und touristischer Anziehungspunkt gleichermaßen
- es werden optimale Rahmenbedingungen für die Gründung von Familien geschaffen: Kindergärten, Kinderkrippen, Schulen, außerschulische Einrichtungen etc. sind flächendeckend vorhanden; es gibt genügend bezahlbaren und zumutbaren Wohnraum, Dienstleistungseinrichtungen und familienfreundliche Betriebe
- verfassungsfeindliche Vereine werden verboten; das Vereinswesen wird ansonsten gestärkt; Kirchen werden stärker in gesellschaftliche Angelegenheiten einbezogen
- Seniorinnen und Senioren sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens stark eingebunden, z. B. durch Seniorenbüros und Vertretung der Senioren in Ortschaftsräten; durch altersgerechte Wohnungen, Mehrgenerationenhäuser und bezahlbare Senioren- und Pflegeheime wird ein angemessenes Wohnumfeld für ältere Menschen geschaffen

Trendszenario:

- aktuellen Handlungsspielräume und finanzielle Ausstattung der Kommunen bleiben bestehen, werden aber nicht ausgeweitet
- derzeitige Zuweisungen zum Erhalt der Kulturlandschaften werden eingefroren, Dorferhaltungsmaßnahmen jedoch beibehalten
- Erhalt von Traditionen ist den BürgerInnen selbst überlassen und wird nicht gefördert; auf ländliche Besonderheiten wird kaum Rücksicht genommen
- bisherigen Rahmenbedingungen in Hinblick auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie das Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen bleiben bestehen
- Bedürfnisse von Vereinen werden nicht beachtet und gefördert, ihr Einfluss in der Gesellschaft ist dadurch gering
- es wird kaum Rücksicht auf die Bedürfnisse der Seniorinnen und Senioren genommen; ihre Erfahrungen werden nur geringfügig in die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens einbezogen

Negatives Szenario:

- Infrastruktur wird vernachlässigt, insbesondere in Bezug auf Versorgungseinrichtungen (z. B. Läden, Schulen, Seniorenheime etc.)
- immer weniger Verantwortlichkeiten verbleiben vor Ort auf Ebene der Kommunen; statt wirklicher Kommunalpolitik werden nur noch administrative Maßnahmen durchgeführt; finanzielle Zuweisungen konzentrieren sich lediglich auf wenige ausgewählte Gemeinden
- kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Theater oder Bibliotheken müssen schließen
- Landschaft wird immer stärker zersiedelt, menschliche Eingriffe in die Natur nehmen zu, der ländliche Charakter Thüringens wird dadurch beeinträchtigt und schließlich zerstört
- Traditionen finden keine Beachtung und stoßen kaum mehr auf Interesse; dadurch gehen die regionale Identität und die Bindung der Menschen an ihre Heimat immer mehr verloren
- es wird keine Rücksicht auf die Bedürfnisse und Probleme von Familien genommen, diese werden weder finanziell noch materiell besonders gefördert; insbesondere sozial schwache Familien werden gesellschaftlich ausgegrenzt
- Vereine erhalten keinerlei finanzielle und materielle (z. B. durch Bereitstellung von Räumlichkeiten) Unterstützung und können daher ihre Arbeit nur sehr eingeschränkt durchführen; die gesellschaftliche Rolle der Kirchen wird missachtet

- Belange und Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren finden in der Gesellschaft keine Beachtung; Probleme bereiten ihnen insbesondere die Gefahr der Altersarmut sowie ungenügende medizinische Versorgung

Auf Basis der drei entwickelten Szenarien überlegte die Arbeitsgruppe, welche Entwicklungen wünschenswert sind und wie diese erreicht werden können. Daraus leitete das Team Handlungsempfehlungen für die Politik ab.



GRUPPE 3

FAMILIE / KULTUR / VEREINE / SENIOREN

1. SPIELRÄUME DER KOMMUNALPOLITIK VERGRÖßERN
2. KULTURLANDSCHAFTEN ERHALTEN
3. TRADITIONEN BEWAHREN
4. IHAGE DER FAMILIEN, VEREINE UND KIRCHEN STÄRKEN
5. ANBINDUNG DER SENIOREN IN ALLE BELANGE

Handlungsempfehlungen:

- auf Kinderessen (sowohl in Schulen und Kindergärten als auch im Restaurant) sollte einheitlicher Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent erhoben werden
- Anzahl der Kindergartenplätze und des Betreuungspersonals sollte langfristig und vorausschauend geplant werden und sich an der Geburtenrate orientieren
- Wohnort der Mutter sollte automatisch als Geburtsort des Kindes gelten, um ein Gefühl der Heimatbindung zu fördern, welches bei ausschließlicher Angabe des oft städtischen Krankenhausstandorts nicht entsteht
- durch einen Abbau der Bürokratie sollte der Handlungsspielraum für Vereine und Verbände erhöht werden, ihre Arbeit sollte außerdem so umfassend wie möglich unterstützt und gefördert werden
- Seniorenbeiräte und -büros sowie Angebote zum Mehrgenerationswohnen sollten flächendeckend bestehen
- Vielfältigkeit des kulturellen Angebots sollte erhalten bleiben; besondere Förderung sollte die Arbeit der Ortschronisten genießen

Anhang

Programm

Programm des Workshops „Szenario Thüringen“

29. bis 31. März 2010 in Erfurt

08. bis 10. April 2010 in Ilmenau

Montag, 29. März 2010 bzw. Donnerstag, 08. April 2010

- | | |
|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------|
| 18.30 Uhr | Begrüßung durch die FES,
Kennenlernen und Erwartungsabfrage,
Vorstellung des Programms |
| 19.00 Uhr | Input und Diskussion
Professor Dr. phil. habil. Max Welch Guerra,
Universität Weimar |
| 20.15 Uhr | Schluss mit Ausblick auf den folgenden Tag |

Dienstag, 30. März 2010 bzw. Freitag, 09. April 2010

- | | |
|-----------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| 09.00 Uhr | Vorstellung der Szenariomethode |
| 09.30 Uhr | Beginn der Szenarioentwicklung:
Themenaufriss und Bestandsaufnahme –
worum geht's?

Einzelarbeit und Diskussion im Plenum |





10.15 Uhr	Fortsetzung der Szenarioentwicklung Weiterarbeit in Arbeitsgruppen: Bestimmung der Einflussfaktoren, der entscheidenden Akteure und ihrer Interessen
12.00 Uhr	Diskussion der Ergebnisse im Plenum Feedback und Impulse für die weitere Arbeit
14.00 Uhr	Fortsetzung der Kleingruppenarbeit Entwicklung der Szenarien
17.30 Uhr	Präsentation eines der entwickelten Szenarien
18.30 Uhr	Schluss des ersten Tages

Mittwoch, 31. März 2010 bzw. Samstag, 10. April 2010

09.00 Uhr	Fortsetzung: Präsentation und Diskussion der Szenarien im Plenum
11.00 Uhr	Erarbeitung von Handlungsoptionen und Politikempfehlungen zunächst Einigung auf Bereiche, dann Gruppenarbeit und Vorstellung im Plenum
12.30 Uhr	Auswertung der Veranstaltung

Herausgeber

Severin Schmidt

Landesbüro Thüringen der Friedrich-Ebert-Stiftung

Nonnengasse 11

99084 Erfurt

Dokumentation und Redaktion

Kirsten Petzold und Severin Schmidt

Fotos und Grafiken

Friedrich-Ebert-Stiftung, Artus.Atelier (Umschlag)

Gestaltung und Herstellung

Artus.Atelier GmbH & Co. KG, Erfurt

Druck

Druck Repro und Verlag oHG, Erfurt

© by Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN 978-3-86872-330-4

ISBN 978-3-86872-330-4